



Presseschau vom 15.11.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

de.sputniknews.com: Schweizer Suworow-Preis für russische Innovationsprojekte zum neunten Mal vergeben

Russische Innovationsprojekte zur Erleichterung der Kommunikation für taubblinde Menschen und effizientere Diagnostik und Behandlung von Tumorkrankheiten sowie das Modell einer auf Aquaponik basierten organischen Hightech-Agrarproduktionsanlage, mit der sechsmal so viel Gemüse je Quadratmeter geerntet werden kann, haben den Suworow-Preis erhalten.

<https://sptnkne.ws/AwGm>

abends / nachts:

de.sputniknews.com: BRICS-Gipfel in Brasilien: Putin gibt Pressekonferenz

Der russische Präsident Wladimir Putin beantwortet am Donnerstag am Rande des BRICS-Gipfels in Brasilien die Fragen der Journalisten. Die Staats- und Regierungschefs der aufstrebenden Wirtschaftsnationen der BRICS-Vereinigung haben sich in der brasilianischen Hauptstadt versammelt, um ihre Zusammenarbeit in mehreren Bereichen zu koordinieren. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Themen wie Rüstungskontrolle und

Terrorbekämpfung.

<https://www.facebook.com/sputnik.deutschland/videos/493831521234807/>

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Nach dem Terrorakt gegen den Kommandeur der 128. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Korostelew, der von Nationalisten als Rache für den Abzug von Kräften und Mitteln im Gebiet von Petrowskoje begangen wurde, ist eine Verstärkung des bewaffneten Konflikts zwischen ukrainischen Truppen und Radikalen festzustellen.

So hat es heute einen aufsehenerregenden Fall im Gebiet von Kamenka gegeben, das von der ukrainischen Seite als einer der möglichen folgenden Abschnitte zur Trennung von Kräften und Mitteln gesehen wird. Zwischen ukrainischen Soldaten und Kämpfern nicht kontrollierter bewaffneter nationalistischer Formationen fand ein Gefecht statt. Infolge des Beschusses von Seiten der Radikalen mit Antipanzergranatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren verbrannten in einem der Häuser am Rand der Sommerhaussiedlung mindestens vier Soldaten der 92. mechanisierten Brigade lebendig.

Auf Anweisung des Kommandeurs der ukrainischen Besatzungskräfte Krawtschenko wurde der Kommandeur der 92. Brigade Kokorjew mit einer Spezialgruppe mit der Aufgabe die Lage zu stabilisieren in dieses Gebiet geschickt. Dafür wurde ihm erlaubt, alle vorhandenen Kräfte und Mittel gegen die außer Kontrolle geratenen nationalistischen Kämpfer einzusetzen.

de.sputniknews.com: **Moskau weist neue Vorwürfe zum MH17-Abschuss ab**

Moskau hat neue Vorwürfe internationaler Ermittler zum Abschuss der malaysischen Passagiermaschine MH17 erneut abgewiesen. „Das Urteil war gleich gefällt worden. Alles andere bedeutet eine Anpassung des Materials an das Urteil“, erklärte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag in Moskau.

Das nun präsentierte Material solle lediglich „die Taktik der Anklage“ belegen. Die vom internationalen Untersuchungsteam JIT veröffentlichten Daten müssten zuerst von Experten überprüft werden, sagte sie.

„Wir leben in einer Welt, die gegen Fake-News kämpft. Zu diesem Thema (MH17) wurden bereits mehrmals erlogene Meldungen in die Welt gesetzt, die nach ein-zwei Monaten gebührend eingeschätzt wurden... Sollen wir jetzt das politisch einschätzen, was zuerst Experten prüfen sollten?“, fragte Sacharowa.

Tragödie von MH17

Eine malaysische Boeing-Maschine war am 17. Juli 2014 im Raum von Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen an Bord kamen ums Leben. Das JIT behauptet, dass der Jet von einer Buk-Rakete der in Kursk dislozierten 53. Luftabwehrbrigade der russischen Streitkräfte abgeschossen wurde, was bislang nie bewiesen werden konnte.

Russlands Vize-Generalstaatsanwalt Nikolai Winnitschenko zufolge hatte Russland der niederländischen Seite Daten russischer Radare übermittelt, die die Zugehörigkeit der Rakete zur Ukraine eindeutig belegen. Aber das Material wurde von den Ermittlern ignoriert.

Neue Vorwürfe gegen Russland

Am Donnerstag hatten Ermittler in den Niederlanden neue schwere Vorwürfe gegen Russland erhoben. Die Verbindungen zwischen der Führung der „Separatisten“ in der selbst ernannten Republik Donezk und Russland seien enger als bisher bekannt, teilte Andy Kraag vom Untersuchungsteam JIT in einer Videobotschaft mit.

Zudem machte das JIT Telefonmitschnitte publik, auf denen unter anderem Wladislaw Surkow, Berater von Präsident Wladimir Putin, zu hören sein soll. Diese Mitschnitte sowie Zeugenaussagen und sonstiges Material würden belegen, dass „der russische Einfluss weit über Militärhilfe hinaus ging“, hieß es.

de.sputniknews.com: **Fast alle Aufgaben in Syrien erfüllt – Putin**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag am Rande des BRICS-Gipfeltreffens die Lage in Syrien bewertet. Laut dem Präsidenten hat Russland dort fast alle Aufgaben erfüllt.

„Was Russlands Interessen anbelangt, so bestanden diese darin, Russland und seinem Territorium das Eindringen einer großen Anzahl von geschulten und vorbereiteten Kämpfern mit Kriegserfahrung zu ersparen. In dieser Hinsicht kann nicht behauptet werden, dass alle Aufgaben zu hundert Prozent erfüllt worden sind, aber im Großen und Ganzen schon“, sagte Putin in einer Pressekonferenz im Anschluss an das BRICS-Gipfeltreffen.

Für alle Staaten bestehe die Gefahr des Eindringens von Terror-Kämpfern. Das betreffe auch die EU-Länder sowie die USA. Alle seien in Gefahr, deshalb müsse mit vereinten Kräften vorgegangen werden.

Putin lobte unter anderem den Beitrag der USA zur Terrorismus-Bekämpfung in Syrien. Er fügte hinzu, dass die internationale Koalition in Syrien jahrelang „nicht von der Stelle gekommen“ sei, bis sich schließlich Russland in die Sache eingeschaltet habe.

Die Staats- und Regierungschefs der aufstrebenden Wirtschaftsnationen der BRICS-Vereinigung hatten sich am Donnerstag in der brasilianischen Hauptstadt versammelt, um ihre Zusammenarbeit in mehreren Bereichen zu koordinieren.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Russland ruft USA zur Rückgabe von Erdölfeldern an Syrien auf**

Die Vereinigten Staaten müssen Ölfelder an Syrien zurückgeben, wie der Vize-UN-Botschafter Russlands, Dmitri Poljanski, bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates erklärte. Washingtons Vorgehen sehe für die Bürger dieses Landes wie ein „Raub“ aus.

„Syrien soll unverzüglich von einer illegalen ausländischen Militärpräsenz befreit werden, auch wenn wichtige Ressourcen für unsere amerikanischen Kollegen wie Erdöl auf dem Spiel stehen“, so der Diplomat.

Das syrische Erdöl gehöre nicht den USA, sondern den Bürgern dieses Landes, in deren Augen das Vorgehen Washingtons wie „Plünderung und Raub“ anmute.

Die Rückgabe der Erdölfelder an syrische Behörden „wäre ein realer Beitrag der USA zu Bemühungen um eine humanitäre Mithilfe für die Bevölkerung dieses Landes“.

Syrische Ölfelder im US-Visier

Etwa 90 Prozent der syrischen Ölförderung konzentriert sich auf das östliche Euphrat-Ufer. Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Anadolu unter Berufung auf lokale Quellen gemeldet, dass die USA mit dem Bau von zwei neuen Militärbasen in der ölreichen Provinz Deir ez-Zor im Nordosten Syriens begonnen haben. Demnach sollen die Vereinigten Staaten gepanzerte Militärfahrzeuge, schwere Waffen und Munition in die Region geschickt haben.

Amerikanische Militärs bleiben teilweise in Syrien

Der Pentagon-Chef bestätigte am 25. Oktober, dass Washington Truppen nach Nordost-Syrien schicken würde, um den Schutz der dortigen Ölfelder vor Terroristen der Terrormiliz IS („Islamischer Staat“; auch Daesh) zu sichern. Diese Entscheidung hebt den vorherigen Beschluss der USA von Anfang Oktober teilweise auf, ihre Streitkräfte aus der Region abzuziehen.

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **USA drohen Ägypten mit Sanktionen wegen Kaufs von Su-35**

Das Pentagon und das US-Außenministerium haben Ägypten in einem gemeinsamen Schreiben gedroht. Sollte die ägyptische Regierung Su-35-Kampffjets kaufen, dann würden

Sanktionen auf sie warten, schrieb das „Wall Street Journal“.

Nach Angaben der Zeitung hatten am Mittwoch der Außenminister, Mike Pompeo, und der Verteidigungsminister die Drohung in Briefform verschickt. Im Schreiben drängten sie den ägyptischen Verteidigungsminister, vom Deal für den Kauf der russischen Su-35-Kampffjets abzusehen.

„Wichtige neue Waffengeschäfte mit Russland würden zumindest den Austausch militärischer Informationen mit den USA und die militärische Unterstützung der USA für Ägypten erschweren“, zitierte die Zeitung am Donnerstag aus dem Brief, der ihr vorliegt.

Das Schreiben warnte auch vor dem „Risiko einer Sanktionierung Ägyptens“, falls es die Lieferung „wichtiger neuer russischer Rüstungsgüter akzeptiert“.

Eine persönliche Warnung an den Luftwaffenchef

Das Pentagon warnte auch den Chef der ägyptischen Luftwaffe persönlich vor den möglichen Folgen eines Waffendeals, so die Zeitung. Das Schreiben wurde laut „Wall Street Journal“ an dem Tag verschickt, als der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu auf Amtsbesuch in Kairo war.

Mitte März hatte die russische Zeitung „Kommersant“ unter Berufung auf Quellen berichtet, dass Russland und Ägypten ein Abkommen über die Lieferung von mehreren Dutzend Su-35-Maschinen unterzeichnet hätten. Die Summe der Lieferungen beläuft sich auf circa zwei Milliarden US-Dollar, so die Zeitung. Die Lieferungen selbst würden bereits in den Jahren 2020-2021 beginnen, hieß es in der Zeitung.

Die Sanktionen selbst würden mittels des CAATSA-Gesetzes durchgesetzt. Das CAATSA- („Countering America’s Adversaries Through Sanctions Act“) Sanktionsgesetz wurde im August 2017 in Washington verabschiedet und sieht sekundäre Strafmaßnahmen gegen alle Länder vor, die Verträge mit Vertretern der russischen Rüstungsindustrie abschließen

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. November 3:00 Uhr bis 15. November 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 9. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Staromichajlowka, Luganskoje, Petrowskoje, Dokutschajewsk.**

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 83.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 329.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Botschafter kündigt Deutschlandjahr in Russland an

2020 wird in Russland ein Deutschlandjahr gestartet. Laut dem deutschen Botschafter in Moskau, Géza Andreas von Geyr, steht ein umfassendes Programm bevor.

Das Deutschlandjahr werde im Sommer beginnen, sagte der Botschafter am Donnerstag auf dem St. Petersburger Kulturforum. Landesweit werde es zahlreiche Veranstaltungen geben,

die die deutsche Kultur und Gesellschaft in ihrer Vielfalt präsentieren werden
Nach Angaben der deutschen Botschaft in Moskau wird das Deutschlandjahr von August 2020 bis Juni 2021 andauern. Zahlreiche Projekte in ganz Russland sollen die „einzigartige Bedeutung der deutsch-russischen Beziehungen und Zusammenarbeit unterstreichen“.
„Deutschland und Russland verbindet eine über viele Jahrhunderte reichende gemeinsame Geschichte – mit Höhen und Tiefen“, heißt es auf der Seite der Botschaft. Und weiter:
„Als Nachbarn in Europa bildeten sich enge Beziehungen und Verflechtungen in Kultur, Bildung und Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft heraus.“
Die diplomatische Vertretung rief einen Wettbewerb um das Motto für das Deutschlandjahr aus, unter dem sich die Bundesrepublik in Russland als eine „weltoffene, europäische Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsnation mit einer zukunftsfähigen, an Nachhaltigkeit orientierten Wirtschaft sowie als kooperativer und konstruktiver internationaler Partner“ präsentieren würde.

Géza Andreas von Geyr ist seit September deutscher Botschafter in Moskau. Nach seinem Amtsantritt teilte er mit, „große Sympathie“ für Russland zu hegen



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32578/88/325788898.jpg>

de.sputniknews.com: **Russische Militärs landen auf Ex-Stützpunkt der USA in Syrien**

Der TV-Sender „Swesda“ hat ein Video publik gemacht, das zeigt, wie russische Militärpolizisten auf einem Flugplatz im Norden Syriens landen, den zuvor die amerikanischen Militärs verlassen hatten.

Im Video ist zu sehen, wie russische Militärs Medienberichten zufolge mit Hubschraubern vom Typ Mi-8 und Mi-35 landen. Darauf sind auch hinterlassene Privatgegenstände sowie Infrastruktur, darunter auch eine Kaserne und ein improvisatorischer Fitnessraum, zu erkennen.

Weitere Details

Laut dem TV-Sender handelt es sich dabei um den Luftstützpunkt Serrin, der als eines der größten Militär Objekte der US-Armee auf dem syrischen Territorium gilt. Dieser befindet sich bei der Ortschaft Metras im Norden der syrischen Provinz Aleppo.

Am Mittwoch hatten die US-Militärs in Eile das Territorium der Basis verlassen. Dabei sollen Explosionen zu hören gewesen sein: Die Amerikaner hätten versucht, alles, was sie nicht mitnehmen konnten, zu vernichten.

Vor kurzem nahmen die syrischen Regierungskräfte diese Basis unter ihre Kontrolle. Die russische Militärpolizei überwacht demnach das Objekt und russische Minenräumer überprüfen das Gelände.

Weitere Pläne

In Gebäuden der ehemaligen amerikanischen Basis soll ein humanitäres Hilfszentrum

eingerrichtet werden.

„Wir werden humanitäre Hilfslieferungen durchföhren, den Einwohnern medizinische Hilfe gewährrleisten und sie zu einem friedlichen Leben zurückbringen“, sagte der Chef des Versöhnnungszentrums, Sergej Schmurin.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-

178074534&id=456241308&hash=030b070ee8c60534" width="640" height="360"

frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

https://vk.com/video-178074534_456241308

nachmittags:

ukrinform.ua: **Putin spricht sich für Verlängerung des Donbass-Sonderstatus aus**

Russlands Präsident Wladimir Putin forderte, dass die Ukraine die Geltungsdauer des Gesetzes über den Sonderstatus des Donbass verlängern solle.

Dies erklärte Putin vor Journalisten am Rande des BRICS-Gipfeltreffen in Brasilien, teilt der Sender Hromadske mit.

„Wir hören von den ersten Personen der Ukraine, dass ein anderes Gesetz über den Sonderstaus des Donbass verabschiedet werden könne. Was für eins? Das ist eine absolut wichtige Frage. Sollte etwas, was mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk nicht abgestimmt ist, verabschiedet werden, würde alles sofort in eine Sachgasse geraten“, sagte er. Darüber hinaus meinte Putin, dass die „Steinmeier-Formel“, die "nur ein Instrument für die Umsetzung des Gesetzes über den Sonderstatus des Donbass sei", dadurch sinnlos sein würde. Der russische Präsident verwies auch darauf, dass das geltende Gesetz am 31. Dezember 2019 außer Kraft trete.

„Am 31. (Dezember - Red.) läuft die Frist ab, und was geschieht weiter? Was werden wir im Normandie-Format tun? Das ist überhaupt eine Schlüsselfrage“, sagte er.

Präsident Wladimir Selenskij hatte früher erklärt, es werde ein neues Gesetz über den Sonderstatus des Donbass geben. Dieser Status werde aber in der Verfassung der Ukraine nicht verankert.



https://static.ukrinform.com/photos/2019_11/thumb_files/630_360_1573815302-123.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 9. November bis 15. November 2019**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **neunmal** das

Feuer Ortschaften der Republik eröffnet.

In **Richtung Gorlowka** haben Strafsoldaten Schapowalows aus der 59. Brigade die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit 82mm-Mörsern, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Martschenkos aus der 28. und Iwanows aus der 56. Brigade der BFU **Staromichajlowka** und **Luganskoje**, die **Siedlung Trudowskije** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit 82mm-Mörsern, automatischen und Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des kommissarischen Kommandeurs der 128. Brigade Gontscharuk das Feuer mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen auf die Gebiete von **Petrowskoje** und **Dokutschajewsk** eröffnet.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer 83 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt. Die Verteidiger der Republik kontrollieren die Handlungen des Gegners an der gesamten Kontaktlinie und halten dabei die Bedingungen des Regimes der Feueinstellung ein.

In der letzten Woche haben die BFU **99-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**, darunter auch mit verbotenen Arten von Waffen. Auf die Gebiete von **26 Ortschaften** der Republik hat der Gegner 2 Panzergranaten, 122 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm und 277 weitere Granaten verschiedener Art abgefeuert.

Durch Beschuss der BFU wurden ein Zivilist, geb. 1965, verletzt und 19 Wohnhäuser und Infrastrukturobjekte in Golmowskij, Sajzewo, Staromichajlowka, Jasnoje, der Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka und der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk beschädigt.

Alle Informationen wurden mit Fotos und Videomaterial an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Schapowalow, Iwanow, Kaschtschenko, Martschenko, Kokorjew und Gnatow übergeben.

Seit dem Inkrafttreten des Waffenstillstands am 21. Juli **hat der Feind ihn 1539-mal verletzt**. Insgesamt starben infolge von Beschuss der BFU zwei Zivilisten und 21 wurden verletzt, es wurden 299 Wohnhäuser und Infrastrukturobjekte beschädigt.

Unsere Aufklärung bestätigt Fälle der **Stationierung von 9 Artilleriegeschützen, 12 Panzern, 31 Schützenpanzer(wagen), 2 Antipanzerlenkraketenkomplexen und 8 Abwehrraketenkomplexen** die von den BFU in Verletzung der Minsker Vereinbarungen **in der Nähe von Wohnhäusern und auf dem Territorium von kommunalen Objekten** stationiert sind:

58. Panzergrenadierbrigade – in Dsershinsk 4 Schützenpanzerwagen; in Krasnoje 2 Panzer; in Oserjanowka ein Abwehrraketenkomplex „Osa“; in Artjomowsk 8 Haubitzen „Giazint-B“; 92. mechanisierte Brigade – in Werchnetorezkoje 2 Antipanzerlenkraketenkomplexe; in Nowobachmutowka 2 Schützenpanzerwagen; in Awdejewka 4 Schützenpanzerwagen; in Shelesnoje ein Abwehrgeschütz 3U-23;

56. Panzergrenadierbrigade – in Jasnobrodowka ein Schützenpanzer; in Karlow 3 Schützenpanzerwagen; in Krasnoarmejsk 2 Abwehrraketenkomplexe „BUK“;

28. mechanisierte Brigade – in Kurachowo 1 Haubitze „Giazint-B“; in Newelskoje 2 Schützenpanzerwagen, 3 Schützenpanzer, 1 Panzertransporter;

128. Gebirgsturmbriade – in Kasjanowka – 4 Abwehrraketenkomplexe „Osa“, in Bogdanowka – 3 Schützenpanzer; in Granitnoje 4 Schützenpanzer;

36. Marineinfanteriebrigade – in Ursuf 10 Panzer T-64BM; in Mariupol 1 Schützenpanzer; in Wodjanoje 2 Panzertransporter.

In der letzten Woche haben wir zahlreiche Fälle der **Aktivität von Komplexen der elektronischen Kriegführung** „Bukowel-AD“ und „R-934B“ aus dem Bestand des 20. und

des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte bemerkt. Die Aktivität erfolgte in den Gebieten von Tschermalyk, Nowognatowka, Bogdanowka, Stepanowka, Rosowka, Iwanopolje und Krasnogorowka, wo die **Beobachter der OSZE-Mission gezwungen waren, wegen der Gefahr des Verlustes die Drohnenflüge einzustellen.**

Die letzte Woche war durch eine **Verschärfung der Lage entlang der Kontaktlinie** vor dem Hintergrund des Prozesses des Abzugs von Kräften und Mitteln am Abschnitt Bogdanowka – Petrowskoje gekennzeichnet. Die vom ehemaligen Präsidenten der Ukraine P. Poroschenko gesponserten Nationalisten konnten sich nicht mit dem Bestreben des offiziellen Kiew zur Realisierung des Plans der friedlichen Regelung des Konflikts abfinden und haben zweimal in der Woche als Rache **Terrorakte gegen Soldaten der 128. Gebirgsturmgrade** durchgeführt. Der erste Fall ereignete sich am 10. November, als Radikale ein URAL-Fahrzeug mit einem Granatwerfer beschossen, dabei wurden vier Soldaten verletzt (zwei davon starben später im Krankenhaus). Der zweite Fall rief größere öffentliche Resonanz hervor, weil das Ziel der Terroristen der Kommandeur der 128. Brigade Korostelew war, der am 13. November zusammen mit drei Offizieren eine Überprüfung der neuen Positionen nach dem Abzug von Kräften und Mitteln im Gebiet von Bogdanowka vornahm. Infolge des Beschusses mit automatischen Granatwerfern wurden alle vier verletzt, zwei davon, einschließlich des Kommandeurs, befinden sich in einem ernsten Zustand.

Wir schließen nicht aus, dass es noch einige mehr Diversionen gegen Soldaten der Brigade von Seiten der Nationalisten gab, aber diese beiden Fälle versetzten der Selbstliebe des Kommandos der OOS einen starken Schlag und brachten den Geduldsfaden zum Reißen. Um Vergeltung für die Taten zu verüben und gegen die Nationalisten vorzugehen, setzte das Kommando der OOS eine Einheit des 131. Aufklärungsbataillons in Bogdanowka ein und verlegt auch eilig eine taktische Gruppe des 3. Spezialregiments der Hauptabteilung Aufklärung der ukrainischen Streitkräfte in den Verantwortungsbereich der 128. Brigade. Das Bestreben des ukrainischen Militärkommandos, die Lage im Gebiet der Trennung der Seiten zu stabilisieren, ist verständlich, weil am Abzugsabschnitt eine amerikanische Militärdelegation unter Leitung des Militärattachés P. Schmidt eintreffen soll, um ein Monitoring der Situation vorzunehmen. Der Stab der OOS muss unbedingt seinem Kurator die Kontrollierbarkeit der Situation und seine Fähigkeit, die Sicherheit in diesem Gebiet zu gewährleisten, demonstrieren.

In Erwartung eines „erwidernden Schlages“ haben die Anführer der nationalistischen Gruppierungen ihre Einheiten in volle Gefechtsbereitschaft versetzt. Vor dem Hintergrund des sich verstärkenden Konflikts muss die Beschuldigung des Leiters des Nationalen Korps A. Bilezkij gegenüber den Präsidenten der Ukraine genannt werden, dass Selenskij und die neue Regierung die Interessen des Volkes nicht verteidigen und alles tun, damit die Truppen im Interesse Russlands abgezogen werden, und gleichzeitig damit habe der Verkauf des Landes im Interesse des Westens begonnen.

Außer den lautstarken Erklärungen und Diversionen gegen Soldaten der 128.

Gebirgsturmgrade unterlässt die Führung der nationalistischen Organisationen nicht die Versuche, die Trennung von Kräften und Mitteln auch mit Hilfe örtlicher Einwohner, die im Abzugsabschnitt wohnen, zu sabotieren. Nach uns vorliegenden Informationen gibt es Dutzende von Fällen der **Bestechung von Bürgern durch Radikale, die dann vor den Kameras ukrainischen Massenmedien über Beschuss von Ortschaften von Seiten der Volksmiliz der DVR berichten.** Außerdem gibt es wieder gegen Geld angeblich von örtlichen Einwohnern schriftliche Aufrufe an das Kommando der OOS mit der Bitte, die Truppen auf die früheren Positionen zurückzubringen.

Wir stellen ein **Anwachsen der Korruption in den höchsten Ebenen der Staatsorgane der Ukraine** fest. Der von W. Selenskij ernannte Generalstaatsanwalt der Ukraine R.

Rjabotschapka erklärte, dass der Leiter der Hauptabteilung für materielle Versorgung des

Verteidigungsministeriums der Ukraine, Generalmajor Dmitrij Martschenko, in Untersuchungshaft genommen wurde, der der Hauptverdächtige in einer Strafsache zu einem Fall des Kaufs minderwertigen Materials zu erhöhten Preisen für die ukrainischen Streitkräfte ist. Von dem Strafverfahren sind vier weitere Offiziere des Verteidigungsministeriums betroffen. Gemäß vorliegenden Informationen hat das Verteidigungsministerium der Ukraine 20.000 Panzerwesten „Korsar M3“ zum Preis von 176 Mio. Griwna gekauft, aber 7000 Panzerwesten erwiesen sich als Ausschuss. Die Verluste betragen mehr als 60 Mio. Griwna. Im Zusammenhang mit der öffentlichen Resonanz war das Verteidigungsministerium der Ukraine gezwungen zu erklären, dass die gesamte Ausschusspartie von Panzerwesten konfisziert wurde, aber fast die Hälfte davon wurde dennoch in die Truppen geliefert, vor allem in die OOS-Zone. Nach Informationen ukrainischer Freiwilliger betrug die Zahl der Verletzten und Toten aufgrund der minderwertigen Panzerwesten in der Zeit des Konflikts mehr als 350.

Es ist bemerkenswert, dass hohe Beamte des Verteidigungsministeriums für den festgenommenen General eintraten, darunter der ehemalige Verteidigungsminister Poltorak, die Martschenko eine glänzende Bewertung als Veteran der ATO gaben und unzufrieden damit waren, dass das Gericht nicht den Vorschlag einiger Abgeordneter und Helden der Ukraine berücksichtigt hat, für den General zu bürgen. Und das ist eine natürliche Reaktion von Generälen des Verteidigungsministeriums, weil Martschenko und seine Gruppe die ersten in einer strafrechtlichen Kette sind und die Reihe an andere kommen könnte. Da sie nicht abwarten wollten, dass eine schnelle Eingreiftruppe zu ihnen kommt, haben die Generäle bereits eine Reihe von Maßnahmen zum „Verwischen der Spuren“ ergriffen. So wurde am 13. November ein Materiallager der 59. Panzergrenadierbrigade in der Oblast Winniza angezündet. Durch das Feuer wurden vernichtet: 1100 Schutzhelme, 800 Panzerwesten, 1500 Schlafsäcke, 100 Feldzelte, mehr als 1000 Felduniformen und anderes Material. Die vorläufige Schadenssumme beträgt 10,5 Mio. Griwna.

Wir stellen weiter **Personaldefizite in den Elitetruppenteilen der ukrainischen Streitkräfte** fest. So hat das Kommando der Marineinfanterie der Seestreitkräfte der Ukraine den Kommandeuren der unterstellten Verbände und Truppenteile die Anweisung gegeben, gemeinsam mit Vertretern der Militärkommissariate der Oblaste 2020 die unterstellten Einheiten und Truppenteile auf mindestens 70% Personalausstattung zu bringen. Zu diesem Zweck wurden die Funktionsträger der unterstellten Verbände und Truppenteile angewiesen, die Agitationsarbeit mit den ihnen unterstellten Soldaten, mit Soldaten anderer Truppenteile, mit der Zivilbevölkerung und Soldaten der operativen Reserve ersten Ranges zu verstärken. So demonstriert das Bestreben des Kommandos, die Truppenteile wenigstens auf 70% der normalen Stärke zu bringen, deutlich die bedrückende Lage der Dinge im Personalbereich. So beträgt derzeit die Personalausstattung der 36. Marineinfanteriebrigade insgesamt 52 Prozent. Ja, und anders kann es nicht sein. Das geringe Niveau der rückwärtigen Versorgung, die Verbreitung von Krankheiten, die Überfüllung der Krankenhäuser, die Kauf von Medikamenten und Material auf eigene Rechnung oder mit Hilfe von Freiwilligen erhöht das Prestige des Dienstes in der Armee trotz der verstärkten Agitation nicht. Außerdem ruft die alltägliche Angst, aufgrund von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen getötet oder verletzt zu werden, bei den Soldaten verschiedene Arten psychischer Störungen hervor, was zu Nervenzusammenbrüchen und Selbstmorden führt.

In der letzten Woche wurden sieben Fälle von Selbstmord in den Verbänden in der OOS-Zone festgestellt. Die schwierigste Situation besteht in der 56. Panzergrenadierbrigade, in der in der letzten Woche drei Selbstmordfälle registriert wurden. Um solche Fälle zu verhindern, ist im Verantwortungsbereich der 56. Panzergrenadierbrigade eine Kommission der Abteilung für moralisch-psychische Betreuung des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eingesetzt. Außerdem arbeiten in der Brigade auch Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes, weil in zwei Fällen Strafverfahren nach § 120

Strafrechtsbuch der Ukraine „Treiben zum Selbstmord“ aufgenommen wurden. Auch haben die **Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils durch Soldaten zugenommen**. So wurde am 12. November beim morgendlichen Appell des Personals des 2. Bataillons der 128. Gebirgsschirmbrigade das Fehlen eines Mechanikers/Fahrers des 1. Gebirgsschirmzugs des Gefreiten W.W. Ripitsch festgestellt, der sich unter Mitnahme von zwei Kalaschnikow-Maschinenpistolen mit Munition auf die Flucht aus der gefechtsfähigsten Armee Europas begeben hat.

de.sputniknews.com: **Polen will langfristigen Vertrag mit Gazprom 2022 kündigen**

Der polnische staatliche Öl- und Gaskonzern PGNiG will sein Ende 2022 ablaufendes Abkommen über Gasimporte mit dem russischen Gasriesen Gazprom nicht verlängern. Dies geht aus einer Mitteilung des polnischen Unternehmens hervor.

Demnach übermittelte die polnische Firma Gazprom eine Mitteilung, der zufolge sie den sogenannten Jamal-Vertrag zum 31. Dezember 2022 kündigen werde.

Das langfristige Abkommen zwischen PGNiG und Gazprom über Gaslieferungen nach Polen war bereits 1996 unterzeichnet worden. Gemäß den Bestimmungen des Jamal-Vertrags sind die Parteien verpflichtet, drei Jahre vor dem ursprünglichen Kündigungstermin, das heißt bis zum 31. Dezember 2019, bekanntzugeben, ob sie beabsichtigen, den Vertrag über 2022 hinaus fortzusetzen.

Im vergangenen Jahr ist das Volumen der Gasexporte nach Polen um 6,4 Prozent auf 9,04 Milliarden Kubikmeter zurückgegangen.

Warschau will LNG-Lieferungen aus den USA ausbauen

Vor einem Jahr hatte PGNiG einen Vertrag mit dem US-Unternehmen Cheniere Marketing unterschrieben, der Flüssigerdgaslieferungen im Laufe von 24 Jahren vorsieht. Zwischen 2019 und 2022 soll Polen rund 0,52 Millionen Tonnen Flüssiggas (umgerechnet etwa 0,7 Milliarden Kubikmeter Gas nach der Regasifizierung) pro Jahr bekommen. Im Zeitraum zwischen 2023 und 2042 soll das jährliche Volumen des gelieferten Flüssiggases auf 1,45 Millionen Tonnen (umgerechnet 1,95 Milliarden Kubikmeter) steigen.

Zuvor hatte der polnische Konzern ein Abkommen mit der US-Firma Venture Global LNG geschlossen, nachdem 2 Millionen Tonnen Flüssiggas (2,7 Milliarden Kubikmeter Gas nach der Regasifizierung) pro Jahr im Laufe von 20 Jahren nach Polen geliefert werden sollen.

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des Leiters des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osadtschij über Situation an der Kontaktlinie vom 9. November bis 15. November 2019**

Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In den letzten 24 Stunden wurden kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

In der letzten Woche haben die BFU insgesamt 12-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Insgesamt wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften beschossen**.

Leider gab es in der letzten Woche Opfer. **Ein Soldat der Volksmiliz starb** bei der Verteidigung der unserer Republik durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte. Wir äußern den Verwandten und Freunden des Toten unser Mitgefühl und rufen die OSZE-Mission auf, die Handlungen der ukrainischen Truppen rechtlich zu bewerten und Kiew zu zwingen, die Vereinbarungen einzuhalten.

Der Fall von Beschuss, der den Tod eines Soldaten der Volksmiliz nach sich gezogen hat, ist dokumentiert, die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, übergeben sowie der Generalstaatsanwaltschaft der LVR.

Der Gegner nutzt weiter den Waffenstillstand zur Konzentration und Umgruppierung

von Kräften und Mitteln sowie zur Konzentration von Waffen in der Zone der Strafoperation.

Zur Stationierung von Militärtechnik nutzen die Besatzer Objekte der zivilen Infrastruktur und gefährden so friedliche Einwohner. ...

Um die Entdeckung von Technik der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, **unterdrücken die ukrainischen Streitkräfte weiter die Leitungskanäle von OSZE-Drohnen.** ...

Gleichzeitig nutzen die ukrainischen Truppen weiter aktiv **Drohnen zur Aufklärung und Leitung des Artilleriefeuers** an der Kontaktlinie und zur Beobachtung von OSZE-Patrouillen.

So hat die Luftabwehr der LVR am 8. November im Gebiet von Wesjanoje eine **Drohne des Gegners vom Typ Phönix abgeschossen**, die Luftaufklärung über dem Territorium unserer Republik betrieb. Die 14. Brigade hat ein weiteres Mittel der Luftbeobachtung verloren.

Am 10. November haben unsere Soldaten im Gebiet von Sokolniki eine **weitere Drohne „Furija“ liquidiert**, die auch der 14. Brigade gehörte und die Luftaufklärung betrieb. ...

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Varianten der Entwicklung der Situation an der Kontaktlinie unternehmen wir die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der gestellten Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik.

Zu diesem Zwecke werden in den Einheiten und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt. Auf den Übungsplätzen der Volksmiliz werden Fragen der Koordination der Einheiten bei der Erfüllung verschiedener taktischer Aufgaben bearbeitet.

Die strenge Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung ist ein unabtrennbarer Teil des Maßnahmekomplexes zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit unserer Republik. Unsere Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung bleiben unverändert. Die Einheiten der Volksmiliz eröffnen das Feuer nicht, tun aber wachsam Dienst. Im Fall einer Gefahr oder Provokation von Seiten der ukrainischen Truppen sind wir bereits, eine adäquate Antwort zu geben.

de.sputniknews.com: **Großbritannien dementiert Russlands Einmischung in britische Politik**

Der britische Premierminister Boris Johnson hat in einem BBC-Interview gesagt, dass es keine Hinweise auf eine russische Einmischung in die britische Politik gebe. Diese Behauptung steht im direkten Widerspruch zur Einschätzung seiner Vorgängerin Theresa May, die Moskau den Versuch vorgeworfen hat, die britische Politik zu beeinflussen.

„Dafür gibt es keine Beweise, und man muss sehr vorsichtig sein, man kann nicht Aussagen über jemanden machen, der aus einem bestimmten Land stammt, nur wegen seiner Nationalität“, antwortete Johnson auf die Herausforderung der Moderatorin von BBC Radio. Johnson steht unter Druck wegen der Veröffentlichung eines parlamentarischen Berichtes über die angebliche russische Einmischung in die politischen Prozesse in Großbritannien. Der Bericht war noch im März fertig, doch die Regierung hat seine Veröffentlichung am 28. Oktober, auf den sie anberaumt wurde, verschoben.

Im Gespräch mit der BBC sagte Johnson weiter, er wisse nicht, wie viele russische Staatsangehörige große Geldbeträge an die konservative Partei spenden würden, bestand jedoch darauf, dass solche Geschenke ordnungsgemäß geprüft und veröffentlicht würden.

Dnronline.su: Heute fand in der Donezker republikanischen wissenschaftlichen Krupskaja-Universalbibliothek die **Präsentation eines Fotoalbums „Fünf Jahre Verteidigung des Donbass“** statt, der unsterblichen Heldentat eines großen Volks gewidmet, das zum fünften Jahrestag der Gründung der Volksmiliz der DVR herausgegeben wurde. Autoren und Redakteure sind Mitarbeiter des Pressedienstes der Volksmiliz. Die gesamte Auflage kommt in Bibliotheken und Bildungseinrichtungen.

„Das Fotoalbum zeigt alle Etappen unserer Geschichte, beginnend mit dem Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014, der spontanen Bildung der Volksmiliz und der Bildung der Streitkräfte der DVR – bis heute. In ihm sind Arbeiten sowohl einheimischer als auch ausländischer Autoren zu finden, die den ganzen Prozess der Bildung der Volksmiliz in chronologischer Ordnung zum Ausdruck bringen. Es sind auch einige zuvor unbekannte Fotos veröffentlicht“, berichtete der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR Dmitirj Astrachan.

„Das ist ein sehr wichtiges Buch für unsere Jugend. Das ist die Geschichte des Landes, die Geschichte der Entstehung des 1. Donezker Armeekorps, die Geschichte der Menschen, die zur Verteidigung ihrer Heimat aufstanden. Für die Jungarmisten ist das besonders wertvoll“, sagte der Leiter des Zentralstabs der militärisch-patriotischen Bewegung „Junge Garde – Jungarmee“ Wiktor Pudak.

Russische und englische Fassung hier:

<http://armiyadnr.su/content/5-let-na-strazhe-donbassa>

de.sputniknews.com: **Nach Zeugenaussagen zur Ukraineaffäre – Bestechungsvorwurf gegen Trump**

Zeugenaussagen im Fall der Ukraineaffäre nähren den Verdacht auf einen Bestechungsversuch Trumps. Nach den öffentlichen Anhörungen am Mittwoch erhebt Oppositionschefin Nancy Pelosi schwere Vorwürfe gegen den US-Präsidenten. Nach den öffentlichen Anhörungen trat die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, vor die Presse und warf US-Präsident Donald Trump vor, die Ukraine bestochen zu haben: „Die verheerenden Zeugenaussagen haben die Hinweise auf Bestechung erhärtet, die durch die Untersuchung aufgedeckt wurde“, sagte sie. "Die Bestechung besteht darin, dass Militärhilfe als Gegenleistung für eine öffentliche Erklärung zu einer falschen Untersuchung zu den Wahlen gewährt oder zurückgehalten wird.“

Der Geschäftsträger der US-Botschaft in Kiew, William Taylor, hatte am Mittwoch unter Eid berichtet, ihm sei gesagt worden, Trump seien vor allem Ermittlungen in Kiew gegen dessen innenpolitischen Rivalen Joe Biden wichtig. Taylor warf Trumps persönlichem Anwalt Rudy Giuliani vor, er habe einen "irregulären" diplomatischen Kanal nach Kiew gelegt, der die offiziellen Beziehungen der US-Regierung mit der Ukraine untergraben habe.

Der Vorwurf „Bestechung“ ist in der Verfassung der Vereinigten Staaten als Anklagegrund angeführt, der ein Amtsenthebungsverfahren nach sich ziehen kann.

Seitdem die Ukraineaffäre ans Licht gekommen ist, steht Trump massiv unter Beschuss durch die Demokraten. Letztere treiben derzeit Ermittlungen für ein mögliches Amtsenthebungsverfahren (Impeachment) gegen ihn voran. Im Zentrum steht ein Telefonat Trumps mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenski am 25. Juli. Trump soll von ihm Ermittlungen gegen Joe Bidens Sohn Hunter gefordert haben. Trump soll dabei das Zurückhalten von rund 400 Millionen US-Dollar Hilfgeldern als Druckmittel eingesetzt haben.

Weitere Zeugenaussagen am Freitag

Als zweiter Zeuge wurde am Mittwoch der stellvertretende Staatssekretär im US-Außenministerium George Kent befragt. Der Ukraine-Experte erhob ebenfalls Anschuldigungen gegen Trumps Anwalt Giuliani. Dieser habe versucht, „Dreck auszugraben“, um Trumps Rivalen Biden zu schaden.

Am Freitag sagt die frühere US-Botschafterin in Kiew, Marie Yovanovitch, aus. In der kommenden Woche folgen unter anderem Anhörungen der Beraterin von Vizepräsident Mike Pence, Jennifer Williams, des zurückgetretenen US-Sondergesandten in Kiew Kurt Volker sowie des Russland-Beauftragten im Weißen Haus, Tim Morrison.

„Kranke und übergeschnappte Menschen“

Trump will von den Vorwürfen nichts wissen und hat die Demokraten bei einem Auftritt vor Wählern angegriffen. Er bezeichnete sie als „sehr kranke und übergeschnappte Menschen“,

die die Wahlergebnisse von 2016 aufheben wollten. Unter anderem äußerte er sich abfällig über die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi: „Entweder ist sie richtig dumm oder sie kapiert nicht, was vor sich geht. Oder es gibt hier etwas Unehrlisches.“

denis-pushilin.ru: Am 15. November nahm das Oberhaupt der DVR, der oberste Kommandeur Denis Puschilin an einer **Festveranstaltung zum fünften Jahrestag der Gründung der 5. Donezker Panzergrenadierbrigade**, die nach Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko benannt ist, teil.

Auf dem Territorium des Truppenteils wurde zu diesem Anlass eine Gedenktafel für das erste Oberhaupt der Republik errichtet, nach dem der Truppenteil am 5. Oktober 2018 benannt wurde.

„Genossen Soldaten! Heute weihen wir eine Gedenktafel im Gedenken an das erste Oberhaupt der Donezker Volksrepublik den Helden der Republik Alexandr Sachartschenko ein.

Der Name Alexandr Wladimirowitschs wurde zu einem Symbol für den Mut und den Kampf unseres Volks für die Freiheit. Er vereinigte wahre Patrioten, die sich ihm anschlossen und bereit waren, ihr Leben für das Vaterland zu geben.

Alexandr Wladimirowitsch hatte und hat viele Freunde und Kampfgefährten, die das Begonnene fortsetzen. Heute wird hier, in dem Truppenteil, der seinen Namen trägt, das helle Andenken an den Kommandeur in Form einer Gedenktafel verewigt.

Ich bin überzeugt, dass wir seinen Traum verwirklichen werden – wir werden den Sieg erringen“, unterstrich das Republikoberhaupt.

Die Veranstaltung ging mit der Auszeichnung von Soldaten weiter. Denis Puschilin gratulierte den Soldaten zum Festtag und sprach gesondert über die, die Fähigkeiten gezeigt haben, die es erlauben, Überlegenheit über den Feind zu erreichen.

„Fünf Kriegsjahre lang verteidigen Sie uns, buchstäblich das Feuer auf sich ziehend. In den allerersten Kämpfen für die Freiheit der Republik wurde die Front Ihr Zuhause und die zuverlässigsten und treuesten Brüder die Waffengenossen.

Ihre Einheit trägt mit Ehre den Namen des ersten Oberhauptes der Republik Alexandr Sachartschenko. Davon zeugen die Taten, die nur wirkliche Helden vollbringen können.

Genossen Soldaten! Unter Ihnen sind solche, die besondere Fähigkeiten gezeigt haben, die es erlaubten, Überlegenheit über den Feind zu erlangen. So der Kommandeur eines Panzergrenadierbataillons Hauptmann Dmitrij Kapazina, der in kürzester Zeit die Arbeit eines Leitungspunkts einer Kompanie und ein Kommunikationssystem entwickelt hat und außerdem die Befestigungsausrüstung des Kompaniestützpunktes vervollkommen hat.

Der Pionier einer technischen Abteilung eines technischen Pionierzugs der Soldat Wladimir Butajenko hat persönlichen Mut und Selbstlosigkeit bei der Entminung von Objekten militärischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung gezeigt. Er führte Minenräumarbeiten von Straßen, Zugängen, Waldstücken, Feldern, Zugängen zu Positionen der Gegners durch.

Der Oberleutnant des medizinischen Dienstes Artjom Lymar organisiert seit 2016 in Dokutschajewsk im Rahmen einer medizinischen Brigade tägliche und nächtliche Fahrten an die Kontaktlinie, um Verletzte zu evakuieren und erste Hilfe zu leisten. Dank seiner Professionalität wurden nicht wenige Leben bewahrt.

Der Kommandeur eines Zugs einer technischen Kompanie Leutnant Wladimir Kojuda hat zusammen mit einer Gruppe von Soldaten unter dem Feuer des Gegners nicht detonierte Munition gesucht, die von Seiten der BFU abgeschossen worden war und dem technischen Dienst Beweise für die Aggression der BFU während der Minsker Waffenstillstände geliefert. Genossen Soldaten, Dank für Ihren Dienst, für den Mut und die Kühnheit! Für das Gefühl eines zuverlässigen Schutzes, den Sie jedem Einwohner der Republik geben. Wir sind auf Ihre Taten, auf Ihre Bereitschaft, alles für die Heimat und die Rettung von Kampfgenossen zu opfern, stolz. Erlauben Sie mir, Ihnen die verdienten Auszeichnungen zu überreichen“, sagte

das Staatsoberhaupt.

Für Mut und Kühnheit im Kampf, Rettung von Personal und Waffen, erfolgreiche Durchführung von militärischen Operationen wurden sieben Soldaten mit dem Georgskreuz ausgezeichnet. 12 Soldaten erhielten Urkunden des Republikoberhauptes.

Weiter gratulierten der stellvertretende Leiter der Volksmiliz der DVR Eduard Basurin und der Bürgermeister von Makejewka Sergej Goloschtschapow den Jubilaren.

Die Veranstaltung endete mit einem Festkonzert.

de.sputniknews.com: **Mehr als 20 Explosionen im Munitionsdepot bei Charkiw in Ukraine – Tote und Verletzte**

Während einer Vernichtung von Altmunition in einem Lager in der ostukrainischen Stadt Balaklija ist es am Freitag zu etwa 20 Explosionen gekommen. Laut dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte sind dabei zwei Menschen ums Leben gekommen, vier weitere wurden verletzt.

Nach Informationen aus der Verwaltung der Zentralen Artilleriebasis der Munitionsversorgung kamen infolge der Explosionen zwei Pioniersoldaten ums Leben. Zwei weitere Militärs und zwei Mitarbeiter der Streitkräfte wurden verletzt.

Laut dem Sprecher des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, Bogdan Senik, haben die Verletzten Brandwunden, einer der Militärs hat einen Bruch erlitten. Alle Opfer wurden in ein Krankenhaus gebracht, drei von ihnen seien derzeit in einem schweren Zustand.

Die Situation in dem Munitionsdepot in Balaklija (Region Charkiw) sei kontrollierbar und sicher, schrieb der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte auf seiner offiziellen Facebook-Seite am Freitag. Die Anwohner und die Infrastruktur seien nicht bedroht.

An einem speziell ausgestatteten Ort auf dem technischen Territorium der Lager wurde am Freitag eine geplante Sprengung der Reste von Munition und ihrer Elemente vorgenommen, die nicht transportiert werden können.

Der staatliche Rettungsdienst in der Region Charkiw erhielt Informationen über die Explosionen im Munitionslager. Die Retter waren dorthin unterwegs, wurden aber nicht auf das Gelände gelassen, weil es sich um ein militärisches Gelände handelt.

„Um 14.35 Uhr gab es Meldungen (von Explosionen). Unsere Einheiten sind nach dem Ort abgereist. Dies geschah auf dem Territorium der Militäreinheit, unsere Retter dürfen nicht dorthin“.

Brände in Munitionslagern in Ukraine

Im Mai 2018 war es in Balaklija im Gebiet Charkiw zu einem Brand in einem Munitionsdepot gekommen. Feuerwehrleute des Verteidigungsministeriums der Ukraine konnten ihn bekämpfen. Die ukrainischen Medien berichteten damals, dass der Brand wegen einer geplanten Sprengung von Geschossen ausgebrochen sei.

Im September 2017 war es zu einem Brand in einem Munitionslager in der ukrainischen Stadt Kaliniwka bei Winnyzja gekommen. Aus den umliegenden Siedlungen mussten rund 30.000 Menschen in Sicherheit gebracht werden. Zwei Bewohner wurden verletzt. In dem Depot waren unter anderem Geschosse für Mehrfachraketenwerfer der Typen "Grad", „Smertsch“ und „Uragan“ gelagert.



<https://pbs.twimg.com/media/EJbJxlBXUAAwcp6?format=jpg&name=small>

abends:

de.sputniknews.com: **Trump veröffentlicht weiteres Transkript von Telefonat mit Selenski**
US-Präsident Donald Trump hat ein weiteres Transkript eines Telefonats mit dem damals designierten ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski veröffentlicht. Das Gespräch hat demnach am 21. April stattgefunden.

Bei dem von Trump veröffentlichten Transkript handelt es sich um ein Telefonat, das er am 21. April an Bord der Air Force One mit Selenski geführt hatte. Darin gratulierte Trump Selenski zu dessen Wahlsieg.

Das Gespräch im April besteht im Wesentlichen aus dem Austausch freundlicher Worte: "Ich habe keinen Zweifel daran, dass Sie ein fantastischer Präsident sein werden", sagte der US-Präsident dem Protokoll zufolge. Selenski nannte Trump "ein großes Vorbild" und lud ihn mehrfach dazu ein, seiner Amtseinführung beizuwohnen. Trump kündigte an, Selenski ins Weiße Haus einzuladen, wenn er sich in dem neuen Amt eingerichtet habe. Selenski antwortete: "Wir nehmen die Einladung an und freuen uns auf den Besuch."

Brisante Ukraine-Affäre

Im Zentrum der Ukraineaffäre steht ein Telefonat Trumps mit seinem ukrainischen Amtskollegen Selenski am 25. Juli. Trump soll von Selenski indirekt Ermittlungen gegen Joe Bidens Sohn Hunter gefordert haben – im Austausch gegen US-Finanzhilfe für die Ukraine. Ein Protokoll dieses Gesprächs hatte Trump unter großem innenpolitischen Druck veröffentlicht.

Die US-Demokraten im Repräsentantenhaus führen Untersuchungen, die zu einem Amtsenthebungsverfahren (Impeachment) gegen Trump führen könnten. Sie werfen ihm vor, seine Macht missbraucht zu haben, um die ukrainische Regierung dafür zu gewinnen, sich zu seinen Gunsten in den US-Wahlkampf einzumischen. Es besteht der Verdacht, dass Trump Militärhilfe an das Land in Höhe von rund 400 Millionen US-Dollar als Druckmittel einsetzte. Laut Trump handelt es sich bei den Vorwürfen um eine gezielte „Hexenjagd“ gegen ihn.

Öffentliche Anhörungen zur Ukraineaffäre

Der Geschäftsträger der US-Botschaft in Kiew, William Taylor, hatte am Mittwoch unter Eid berichtet, ihm sei gesagt worden, Trump seien vor allem Ermittlungen in Kiew gegen dessen innenpolitischen Rivalen Joe Biden wichtig. Taylor warf Trumps persönlichem Anwalt Rudy Giuliani vor, er habe einen "irregulären" diplomatischen Kanal nach Kiew gelegt, der die offiziellen Beziehungen der US-Regierung mit der Ukraine untergraben habe.

Als zweiter Zeuge wurde am Mittwoch der stellvertretende Staatssekretär im US-Außenministerium George Kent befragt. Der Ukraine-Experte erhob ebenfalls

Anschuldigungen gegen Trumps Anwalt Giuliani. Dieser habe versucht, „Dreck auszugraben“, um Trumps Rivalen Biden zu schaden.

de.sputniknews.com: **S-400 für F-35-Kampffjets gefährlich? Türkei und USA sollen das nun prüfen**

Ankara und Washington haben laut dem Pressesprecher des türkischen Präsidenten, Ibrahim Kalin, begonnen, die möglichen Auswirkungen der russischen S-400-Luftverteidigungssysteme auf die neuesten US -Kampfflugzeuge vom Typ F-35 zu untersuchen.

„Heute haben wir begonnen, einen Mechanismus zur Einschätzung (der Beeinflussung – Anm. d. Red.) von S-400 auf F-35 zu entwickeln. Der Prozess wird zusammen mit den Vereinigten Staaten stattfinden“, sagte Kalin in einer Sendung des TV-Senders TRT. Ferner betonte er, dass die S-400 nicht in die Nato-Luftverteidigungssysteme integriert werden. Kalin wiederholte auch, dass die Türkei „keinen Schritt zurücktreten wird“ und beabsichtige, die S-400 in Betrieb zu nehmen.

„Früher sagten sie (die USA), dass sie Sanktionen verhängen würden, wenn wir den Deal mit den S-400 nicht absagen. Dann sagten sie, dass sie Sanktionen an dem Tag verhängen würden, an dem die S-400 in der Türkei eintreffen, aber wir haben auch diese Phase durchlaufen. Jetzt sagen sie, dass die Sanktionen eingeführt werden, wenn wir die S-400 in die aktive Phase einführen“, unterstrich der Pressesprecher.

Am Donnerstag hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan nach seinem Treffen mit dem US-Präsidenten Donald Trump geäußert, dass Ankara die US-Forderung zum Verzicht auf russische Luftverteidigungssysteme S-400 als Verletzung ihrer Hoheitsrechte einschätze.

Spannungen nach Kauf von S-400

Der Kauf russischer Flugabwehrraketensysteme S-400 durch die Türkei hatte einen Streit zwischen Ankara und Washington ausgelöst.

Die USA forderten die Türken auf, den Deal mit den Russen fallen zu lassen und statt S-400 US-amerikanische Patriot-Raketen zu kaufen. Ankara weigerte sich. Daraufhin wurde die Türkei vom F-35-Programm ausgeschlossen.

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Stephanie Grisham, erklärte damals, dass ein US-amerikanischer Kampffjet nicht mit einer russischen „Plattform zur Beschaffung von geheimdienstlichen Erkenntnissen“ koexistieren könne, von der die Amerikaner glauben würden, dass sie „zur Erforschung der fortschrittlichen Fähigkeiten“ der F-35 eingesetzt werde.

de.sputniknews.com: **Ukrainischer Geheimdienst SBU meldet Festnahme von einem IS-Anführer**

Der Bürger Georgiens Al Bar Schischani, der als ein einflussreicher Anführer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gilt, ist unweit der ukrainischen Hauptstadt Kiew festgenommen worden. Das berichtete der russische Fernsehsender RT am Freitag unter Berufung auf den ukrainischen Geheimdienst SBU.

Den Angaben zufolge wurde der Topterrorist in Kooperation mit dem Innenministerium Georgiens und dem US-Auslandsgeheimdienst CIA gefasst.

Schischani war im Sommer 2018 mit gefälschtem Pass in die Ukraine eingereist. Derzeit wird über seine Abschiebung entschieden.

IS-Chef al-Baghdadi tatsächlich tot?

Ende Oktober hatte US-Präsident Donald Trump mitgeteilt, dass IS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi bei einer Sonderoperation in Syrien getötet wurde. Trump zufolge beging der Terror-Anführer Selbstmord, als er keine Fluchtmöglichkeit sah. Al-Baghdadi brachte eine Sprengstoffweste zur Explosion und riss dabei zahlreiche Begleiter mit in den Tod.